

Name:  
Adresse:

Datum:

**Herrn Kyaw Htin Lin, Geschäftsträger a.i.  
Botschaft der Republik der Union Myanmar  
Thielallee 19  
14195 Berlin**

Exzellenz,  
mit unten stehendem Schreiben wende ich mich an den Präsidenten von Myanmar, um ihm meine Sorge über Menschenrechtsverletzungen in Ihrem Land mitzuteilen. Sehr dankbar wäre ich Ihnen für Informationen über unternommene Maßnahmen zur Achtung der Menschenrechte.  
Hochachtungsvoll

#### **Appell an den Präsidenten der Republik der Union Myanmar, Herrn Myint Swe**

Eure Exzellenz,

mit tiefer Besorgnis vernehme ich Berichte über die schweren und systematischen Verletzungen der Menschenrechte, denen die Zivilbevölkerung in Myanmar ausgesetzt ist. Am 21. Dezember 2022 forderte der UN-Sicherheitsrat „ein sofortiges Ende aller Formen von Gewalt im ganzen Land“ und verlangte vom Militär Myanmars, „alle willkürlich inhaftierten Gefangenen unverzüglich freizulassen“. Die Resolution betonte auch die zentrale Rolle der ASEAN bei der Suche nach einer friedlichen Lösung. Die Staatengemeinschaft wurde zur Unterstützung eines Fünf-Punkte-Konsenses aufgefordert. Ende Januar 2023 zog der UN-Hochkommissar für Menschenrechte eine desaströse Bilanz von zwei Jahren massiver Unterdrückung: Dörfer wurden bombardiert, Kliniken, Schulen und Gotteshäuser niedergebrannt; 1,2 Millionen Menschen wurden durch die Kämpfe vertrieben; nach einem Moratorium von mehr als 35 Jahren wurden wieder Hinrichtungen vollstreckt, auch zur politischen Unterdrückung. Mehr als 150 Todesurteile wurden verhängt. Nach Schätzungen der Assistance Association for Political Prisoners (AAPP) hat die Militärregierung seit dem Staatsstreich 20.750 Menschen aus politischen Gründen verhaftet. Bei der Niederschlagung pro-demokratischer Bewegungen wurden 3.148 Menschen getötet. Gleichzeitig nimmt die extreme Armut zu, rund ein Viertel der Bevölkerung leidet an Ernährungsmangel.

Ich appelliere an Sie und die herrschende Militärregierung:

- die sofortige Aussetzung von Hinrichtungen und die Wiederherstellung des Moratoriums für die Todesstrafe anzuordnen;
- alle Personen freizulassen, die wegen freier Meinungsäußerung inhaftiert sind;
- den Ausnahmezustand in Myanmar aufzuheben;
- humanitären Organisationen freien Zugang zu den Menschen im Land zu ermöglichen.

Mit hochachtungsvollem Gruß

Name:  
Adresse:

Datum:

**H.E. Dr. Kao Kim Hourn  
Secretary-General of ASEAN  
70A, Jalan Sisingamangaraja  
12110 Jakarta  
INDONESIA**

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,  
hiermit ersuche ich Sie als den Hohen Vertreter der ASEAN, dass die Mitgliedstaaten Ihres Verbands wegen der in Myanmar praktizierten Repression den Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten in Myanmar zu einer Priorität ihrer Maßnahmen machen. Dabei beziehe ich mich auf die Charta der ASEAN. Ich übersende Ihnen einen Appell an den Präsidenten Myanmars und ersuche Sie, die darin vorgetragenen Forderungen zu unterstützen. Für Ihre Bemühungen danke ich sehr.  
Hochachtungsvoll

Appell an den Präsidenten der Union Myanmar, Herrn Myint Swe

Eure Exzellenz,

mit tiefer Besorgnis vernehme ich Berichte über die schweren und systematischen Verletzungen der Menschenrechte, denen die Zivilbevölkerung in Myanmar ausgesetzt ist. Am 21. Dezember 2022 forderte der UN-Sicherheitsrat „ein sofortiges Ende aller Formen von Gewalt im ganzen Land“ und verlangte vom Militär Myanmars, „alle willkürlich inhaftierten Gefangenen unverzüglich freizulassen“. Die Resolution betonte auch die zentrale Rolle der ASEAN bei der Suche nach einer friedlichen Lösung. Die Staatengemeinschaft wurde zur Unterstützung eines Fünf-Punkte-Konsenses aufgefordert. Ende Januar 2023 zog der UN-Hochkommissar für Menschenrechte eine desaströse Bilanz von zwei Jahren massiver Unterdrückung: Dörfer wurden bombardiert, Kliniken, Schulen und Gotteshäuser niedergebrannt; 1,2 Millionen Menschen wurden durch die Kämpfe vertrieben; nach einem Moratorium von mehr als 35 Jahren wurden wieder Hinrichtungen vollstreckt, auch zur politischen Unterdrückung. Mehr als 150 Todesurteile wurden verhängt. Nach Schätzungen der Assistance Association for Political Prisoners (AAPP) hat die Militärregierung seit dem Staatsstreich 20.750 Menschen aus politischen Gründen verhaftet. Bei der Niederschlagung pro-demokratischer Bewegungen wurden 3.148 Menschen getötet. Gleichzeitig nimmt die extreme Armut zu, rund ein Viertel der Bevölkerung leidet an Ernährungsmangel.

Ich appelliere an Sie und die herrschende Militärregierung:

- die sofortige Aussetzung von Hinrichtungen und die Wiederherstellung des Moratoriums für die Todesstrafe anzuordnen;
- alle Personen freizulassen, die wegen freier Meinungsäußerung inhaftiert sind;
- den Ausnahmezustand in Myanmar aufzuheben;
- humanitären Organisationen freien Zugang zu den Menschen im Land zu ermöglichen.

Mit hochachtungsvollem Gruß

Name:  
Adresse:

Datum:

**Prime Minister  
Samdech Hun Sen  
Office of the Prime Minister  
Jok Dimitrov Boulevard  
Phnom Penh  
CAMBODIA**

Sehr geehrter Herr Premierminister,

in großer Sorge wegen der Verurteilung des Oppositionspolitikers **Kem Sokha** wende ich mich an Sie. Am 3. März 2023 wurde Kem Sokha aufgrund politisch motivierter Anschuldigungen zu 27 Jahren Gefängnis verurteilt.

Das Urteil soll offensichtlich seine Menschenrechtsaktivitäten sanktionieren und mögliche politische Ambitionen im Vorfeld der Wahlen verhindern. Mindestens 39 Mitglieder der politischen Opposition sind derzeit in Kambodscha inhaftiert, darunter Angehörige von Kem Sokhas verbotener Partei CNRP. Kambodscha ist Vertragsstaat des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, dessen Artikel 19 besagt, dass jeder Mensch das Recht auf Meinungsfreiheit und auf freie Meinungsäußerung hat. Artikel 22 stellt fest, dass jeder Mensch das Recht hat, sich mit anderen zusammenzuschließen. Artikel 14 sieht ferner für jede Person das Recht auf ein unabhängiges und unparteiisches und auf einem Gesetz beruhendes Gericht vor.

Sehr geehrter Herr Premierminister, ich appelliere an Sie,

- das Urteil gegen Kem Sokha aufzuheben und ihn sowie alle weiteren gewaltlosen politischen Gefangenen unverzüglich, vorbehaltlos und dauerhaft freizulassen;
- sicherzustellen, dass Kem Sokha und alle anderen Inhaftierten Zugang zu ihren Familien und Anwälten haben und menschenwürdig behandelt werden;
- sicherzustellen, dass alle Personen in Kambodscha, die sich für die Menschenrechte einsetzen, ihrer Tätigkeit unter allen Umständen frei nachgehen können und nicht schikaniert oder von der Justiz verfolgt werden;
- das Recht auf Meinungs-, Rede- und Vereinigungsfreiheit zu respektieren und zu schützen.

Mit hochachtungsvollen Gruß

Als Kopie zur Kenntnis an:

I.E. Frau Savny Phen  
Botschaft des Königreichs Kambodscha  
Benjamin-Vogelsdorff-Straße 2  
13187 Berlin

Name:  
Adresse:

Datum:

**I.E. Frau Savny Phen**  
**Botschaft des Königreichs Kambodscha**  
**Benjamin-Vogelsdorff-Straße 2**  
**13187 Berlin**

Exzellenz,  
mit unten stehendem Schreiben, das ich Ihnen als Kopie zukommen lasse, wende ich mich an den Ministerpräsidenten des Königreiches Kambodscha, um ihn auf die Verurteilung des Oppositionspolitikers Kem Sokha hinzuweisen. Sehr dankbar wäre ich Ihnen für Informationen über die zu Gunsten seiner Menschenrechte unternommenen Anstrengungen.  
Hochachtungsvoll

Prime Minister Samdech Hun Sen  
Office of the Prime Minister, Jok Dimitrov Boulevard, Phnom Penh – CAMBODIA

Sehr geehrter Herr Premierminister,

in großer Sorge wegen der Verurteilung des Oppositionspolitikers **Kem Sokha** wende ich mich an Sie. Am 3. März 2023 wurde Kem Sokha aufgrund politisch motivierter Anschuldigungen zu 27 Jahren Gefängnis verurteilt.

Das Urteil soll offensichtlich seine Menschenrechtsaktivitäten sanktionieren und mögliche politische Ambitionen im Vorfeld der Wahlen verhindern. Mindestens 39 Mitglieder der politischen Opposition sind derzeit in Kambodscha inhaftiert, darunter Angehörige von Kem Sokhas verbotener Partei CNRP. Kambodscha ist Vertragsstaat des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, dessen Artikel 19 besagt, dass jeder Mensch das Recht auf Meinungsfreiheit und auf freie Meinungsäußerung hat. Artikel 22 stellt fest, dass jeder Mensch das Recht hat, sich mit anderen zusammenzuschließen. Artikel 14 sieht ferner für jede Person das Recht auf ein unabhängiges und unparteiisches und auf einem Gesetz beruhendes Gericht vor.

Sehr geehrter Herr Premierminister, ich appelliere an Sie,

- das Urteil gegen Kem Sokha aufzuheben und ihn sowie alle weiteren gewaltlosen politischen Gefangenen unverzüglich, vorbehaltlos und dauerhaft freizulassen;
- sicherzustellen, dass Kem Sokha und alle anderen Inhaftierten Zugang zu ihren Familien und Anwälten haben und menschenwürdig behandelt werden;
- sicherzustellen, dass alle Personen in Kambodscha, die sich für die Menschenrechte einsetzen, ihrer Tätigkeit unter allen Umständen frei nachgehen können und nicht schikaniert oder von der Justiz verfolgt werden;
- das Recht auf Meinungs-, Rede- und Vereinigungsfreiheit zu respektieren und zu schützen.

Mit hochachtungsvollen Gruß